



SOZIALDEMOKRATEN  
FÜR EUROPA

4.12.1987 1048/87

Service der SPD für Presse, Funk, TV.

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60

Der Pressesprecher für Europa - Politik

beim SPD-Vorstand, Willi CARL, teilt mit:

Gerd WALTER MdEP: Kohl muß auf dem Kopenhagener Gipfel  
der Verantwortung für Deutschland und Europa gerecht werden

Die SPD-Europaabgeordneten haben Bundeskanzler Kohl vorgeworfen, bei der Vorbereitung des Kopenhagener Gipfeltreffens der EG-Staats- und Regierungschefs statt konstruktive Zusammenarbeit zu pflegen, alle Wege in die Zukunft der Gemeinschaft blockiert zu haben. Ihr Vorsitzender Gerd WALTER (Lübeck) schreibt am Freitag im Bonner "Parlamentarisch-Politischen Pressedienst": "Alle salbungsvollen Sonntagsreden, die der Kanzler und seine Kabinettskollegen im Vorfeld dieses Europäischen Rats der Öffentlichkeit präsentiert haben, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bundesregierung ihren ganzen Eifer daran gesetzt hat, die Vorschläge der EG-Kommission zur Reform der Agrarpolitik und der künftigen EG-Finanzierung zu torpedieren. Dies geschah gegen jede Vernunft und wird sich kurzfristig in Kopenhagen als schwerer Fehler erweisen, der dann jedoch vom 1. Januar an voll auf die Bundesregierung zurückfallen wird, wenn sie mit ihrem Vorsitz im Ministerrat in den selbstgelegten Schlingen hängen bleibt."

Der SPD-Politiker appelliert an den Bundeskanzler, das Steuer in buchstäblich letzter Sekunde herumzureißen und den Weg für eine Neuorientierung der EG-Agrarpolitik und Erschließung neuer Finanzierungsinstrumente für die Europäische Gemeinschaft freizugeben: "Den Landwirten muß jeder Anreiz zur Überproduktion genommen werden. Stattdessen müssen kleinen und mittleren Betrieben im Bedarfsfall direkte Einkommens-Zuschüsse zukommen. Die Beiträge zur EG müssen sich an der Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten orientieren. Zugleich muß die Arbeitslosigkeit, unter der in der EG über 15 Millionen Menschen leiden, durch ein europaweites Programm "Arbeit und Umwelt" bekämpft werden. Dazu ist es wichtig, die Mittel der EG-Strukturfonds zu verdoppeln. Bonn muß endlich begreifen, daß die Europäische Gemeinschaft und die Schaffung des Binnenmarktes bis 1992 die letzte Chance in diesem Jahrhundert ist, ein wirkliches Modell einer staatenübergreifenden Lösung wirtschaftlicher und politischer Probleme zu verwirklichen. Diese Chance darf nicht an der deutschen Bundesregierung und ihrem Provinzialismus scheitern."